



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Donnerstag, den 13. August 1885.

Nr. 374.

Deutschland.

Berlin, 12. August. Der Kaiser trifft nach 52tägiger Abwesenheit von der Residenz morgen, Donnerstag, Vormittag wieder in der Heimath ein, gestärkt und gekräftigt durch die Bäder, die er bisher alljährlich mit so großem Erfolge besucht hat. Am Sonntag, den 21. Juni, Abends, erfolgte die Abreise nach Ems, wo der greise Monarch am 23. mit der Trinkkur begann und noch am selben Nachmittage durch den Besuch seiner erlauchten Gemahlin erfreut wurde, die diesen Besuch noch zweimal, am 29. Juni und 7. Juli wiederholte. Mit Ausnahme einiger regnerischen Tage machte der Kaiser täglich Vormittags und Nachmittags Spazierfahrten, von denen einige bis ins Lahnthal und nach Nassau ausgedehnt wurden, sah viele hochgestellte Personen bei sich zur Tafel, darunter gleich in den ersten Tagen den Prinzen Nikolaus von Nassau, welcher dort ebenfalls zur Kur wollte. Am 1. Juli wurde die erste Fußpromenade durch die Kolonnaden unternommen, die dem Kaiser sehr gut bekam und von da ab fast regelmäßig, in Begleitung des dienstthuenden Flügeladjutanten, fortgesetzt wurde; Tags darauf erschien der Monarch zum ersten Mal im Theater. Eine Reihe fürstlicher Personen traf im Anfang des Juli in Ems ein, um dem erlauchten Badegast ihren Besuch abzustatten. Nur wenige Tage speiste der Kaiser allein, in der Regel hatte er Gäste an seiner Tafel. Es befanden sich unter den Geladenen außer den genannten Fürstlichkeiten, der Bischof von Limburg, General von Stosch, Fürst Uruslow, Gräfin Fürstenberg u. a. m. Auch der Erbgroßherzog von Oldenburg war zwei Tage vor Abreise des Monarchen in Ems eingetroffen, die am 14. Nachmittags nach Koblenz erfolgte, wo der Kaiser bis zum 16. Abends bei seiner Gemahlin blieb. Einer Einladung der großherzoglich badischen Herrschaften entsprechend, wurde die Reise am 17. nach der Mainau angetreten, wo nach der Ankunft um 9 Uhr Abends bei dem Diner der König von Württemberg und Großfürst Michael von Rußland mit Gemahlin den Kaiser begrüßten. Wie alljährlich, so brachten auch diesmal wieder die Offiziere der umliegenden deutschen und österreichischen Garnisonen dem Kaiser von Deutschland gelegentlich des Badenfestes ihre Huldigungen dar, auch erhielt der Konstanzer Sängerkreis „Vodan“ die Erlaubnis zu einer Serenade. Nach den schönen Tagen auf der Mainau erfolgte am 20. Abends die Abreise nach Gastein, auf welcher die Großherzogin mit ihrem Gemahl dem kaiserlichen Vater bis Lindau das Geleit gab. Hier war die Prinzessin Luise von Preußen zur Begrüßung ihres Oheims anwesend. Am 21. Abends langte der hohe Herr in Gastein an und wurde trotz des strömenden Regens mit unendlichem Jubel begrüßt. Gleich am nächsten Tage wurde eine Spazierfahrt nach Bockstein gemacht und bei schönem Wetter täglich regelmäßig nach Kurbad, der in dem Alpenbade mit dem günstigsten Erfolge fortgesetzt wurde, Ausfahrten und längere Promenaden unternommen. Die Abende verbrachte der Kaiser in der Regel in der Villa Lehnendorff, wo sich bei der gastlichen Gemahlin des vor einigen Jahren verstorbenen Grafen Lehnendorff-Steinort die gesammte in Gastein weilende Aristokratie zu den so beliebten Soireen einfand. Des Sonntags besuchte der Kaiser regelmäßig den vom Oberhofprediger Kögel abgehaltenen Gottesdienst in der evangelischen Kirche. Den Glanzpunkt bildete der Besuch des österreichischen Herrscherpaars, der von den beiderseitigen Völkern alljährlich mit stetig steigender Begeisterung begrüßt wird.

Berlin, 12. August. Neuerem Vernehmen nach ist es nicht wahrscheinlich, daß die Wahl zum Landtage vor dem 26. Oktober stattfinden werden. Der Wahltag dürfte voraussichtlich zwischen diesem Datum und den letzten Oktobertag fallen.

Die französische Presse nahm bekanntlich im Allgemeinen bei Besprechung des gegen den „Tempo“ gerichteten Artikels der „Nordd. Allg. Ztg.“ die Miene des Erstaunens an und fragte verwundert, wie man deutscherseits dazu käme, angesichts der französischen Friedfertigkeit eine so ernste Sprache zu führen. Namentlich wollte man nicht den Satz der „Nordd. Allg. Ztg.“ verstehen, worin es hieß: „Wir müssen uns gegen unseren

Willen die Sorge aufdrängen lassen, daß Frankreich nur auf eine Gelegenheit warte, um allein oder im Bündniß mit Anderen über uns herzufallen.“

In der „France“ vom 6. August finden wir nun folgenden Satz:

„Wenn wir von dem Kriege sprechen, so handelt es sich nicht um die Kriege, welche sich aus Expeditionen er eben, sondern um den großen Krieg, den kontinentalen, den nationalen Krieg, den vorhergesehenen, in näherer oder fernerer Zeit beinahe unvermeidlichen Krieg. Dieser Krieg ist, wenn nicht stets unmittelbar bevorstehend, so doch stets drohend. Es bedarf nur eines ganz geringfügigen Anlasses, einer kleinen Verwicklung, eines einfachen Zündhölchchens, wie Strardin sagte, um den europäischen Brand zu entfachen.“

Man sollte glauben, daß angesichts solcher Sprache die französischen Blätter die Haltung der getränkten Unschuld dem Hinweise gegenüber für mislich halten sollten.

Während der Staat bei dem Post- und dem Eisenbahnbetriebe dem Publikum gegenüber vermögensrechtliche Verpflichtungen übernimmt, besteht für die staatlichen Telegraphen-Verwaltungen keine Haftpflicht für den durch Absendung eines Telegramms entstehenden Schaden. In dem internationalen Telegraphenvertrage heißt es, daß die hohen kontrahierenden Theile in Bezug auf den internationalen Telegraphendienst keinerlei Verantwortlichkeit übernehmen, und dem entsprechend bestimmt die Telegraphen-Ordnung für das deutsche Reich: „Die Telegraphen-Verwaltungen leisten für die richtige Ueberkunft der Telegramme oder deren Ueberlieferung innerhalb einer bestimmten Frist keinerlei Gewähr und haben Nachtheile, welche durch Verlust, Verstümmelung oder Verspätung der Telegramme entstehen, nicht zu vertreten.“

Trotzdem hat das frühere preussische Obertribunal dahin entschieden, daß der Telegraphen-Beamte für den durch die Verstümmelung eines Telegramms entstehenden Schaden haftbar sei, und auch das Berliner Amtsgericht I. hat im Januar v. J. einen Telegraphen-Assistenten verurtheilt, für die Nachtheile, welche durch die von ihm verschuldete Entstellung eines Telegramms dem Aufgeber erwachsen waren, vollen Schadenersatz zu leisten. Dagegen bezeichnen hervorragende Rechtslehrer, z. B. Mittermaier, den Aufgeber als haftpflichtig für den aus dem Abschluß eines Geschäfts mittelst Telegramm entstehenden Schaden. Gar häufig, z. B. in den Fällen fälschlicher Anfertigung von Depeschen, ist aber der Aufgeber nicht zu ermitteln, und der Empfänger des Telegramms würde alldann den Schaden selbst zu tragen haben. Eine Entscheidung des Reichsgerichts liegt bis jetzt in der Sache nicht vor. Strafrechtlich unterliegt es jetzt keinem Zweifel mehr, daß durch die Aufgabe eines gefälschten Telegramms eine Urkundenfälschung und nicht ein Betrug verübt wird. Nachdem dahin lautende Entscheidungen seitens des früheren preussischen Obertribunals (Erkenntnis vom 18. Juni 1870) und des früheren Reichs-Oberhandelsgerichts (Erkenntnis vom 1. Dezember 1876) gefällt worden, hat auch das Reichsgericht durch Erkenntnis der vereinigten Strafsenate vom 6. März 1883 (im Gegensatz zu einem Erkenntnis des III. Strafsenats vom 15. Mai 1880) sich dahin ausgesprochen, daß durch die Aufgabe eines gefälschten Telegramms eine Urkundenfälschung verübt wird. Nach diesem Erkenntnis ist die Absendung eines vom Absender unterschriebenen Original-Telegramms nicht einmal unbedingt erforderlich, und es würde auch bei der bloß mündlichen Aufgabe eines gefälschten Telegramms das Vergehen der Urkundenfälschung nicht ausgeschlossen sein. In dem Erkenntnis ist zugleich der für die Frage der zivilrechtlichen Haftbarkeit wichtige Satz ausgesprochen: „Der rechtlich die Depesche beauftragt, ausfertigt, und abgiebt, ist nicht der betreffende Beamte, sondern der Absender.“ Mit Recht ist nun in neuerer Zeit von verschiedenen Seiten, namentlich seitens des Handelsstandes, eine Reform des bestehenden Telegraphenrechts in der Richtung einer präzisieren Regelung der in Theorie und Praxis vielfach bestrittenen Frage der Haftpflicht für den durch Absendung eines gefälschten oder verstümmelten Telegramms entstehenden Schaden befürwortet worden. Der jetzt in Berlin tagende internationale Telegraphen-Kongress würde sich ein großes Verdienst erwerben, wenn er dieser wichtigen Aufgabe näher träte.

Aus Norderney empfängt die „R. Pr. Ztg.“ die Trauerkunde, daß daselbst am Dienstag Abend 10 Uhr der königl. General der Infanterie, Chef des 5. brandenburgischen Infanterie-Regiments Nr. 48, Domherr zu Brandenburg, Herr Ferdinand Wolf von Stülpnagel, im Alter von 72 Jahren nach achtjährigen schweren Leiden an Unterleibsentzündung aus diesem Leben abgerufen worden ist.

Das Reichsgericht hat eine prinzipiell höchst wichtige Entscheidung, betr. die Haftpflicht der Eisenbahnen bei Verunglückung eines Beamten, getroffen. Ein Eisenbahnbeamter bemerkte unmittelbar vor dem Einfahren des signalisirten Zuges in die Station ein demselben vermeintlich entgegenstehendes Hinderniß, zu dessen Beseitigung er auf das Bahngleise eilte, wo er von dem heranbrausenden Zuge aber überfahren und getödtet wurde. Die Hinterbliebenen des Beamten, die auf Grund des Haftpflichtgesetzes der Eisenbahnen mit Entschädigungsansprüchen an die betreffende Eisenbahngesellschaft herantraten, wurden aber sowohl von dieser, als auch von den unteren Gerichtsinstanzen, an welche sie sich in der Folge wendeten, mit ihren Erfordernissen mit der hauptsächlichsten Motivierung abgewiesen, daß der Verunglückte durch Außerachtlassung der erforderlichen nötigen Vorsicht sein Leben selbst gefährdet habe und er nur allein daher Schuld an seiner Verunglückung, bezw. seinem Tode sei. Das Reichsgericht hingegen, an dessen Spruch schließlich appellirt wurde, hat zu Gunsten der Hinterbliebenen des Beamten entschieden. Der „Hann. Cour.“ entnimmt dem Bekenntnisse folgende wesentliche Begründung:

„Die Handlung eines Beamten, welche unter gewöhnlichen Umständen als schuldbarer Gefährdung des eigenen Lebens erscheint,“ sagt das Reichsgericht in seinen Entscheidungsgründen, „kann demselben nicht schlechthin als Schuld angerechnet werden, wenn die Handlung zu dem Zwecke vorgenommen wird, um Andere vor drohender Gefahr oder Schaden zu bewahren, und zwar selbst dann nicht, wenn es dabei dem Handelnden an der sonst erforderlichen Ueberlegung und Geistesgegenwart fehlt, und es können daher in solchem Falle die Entschädigungsansprüche aus dem Haftpflichtgesetz der Eisenbahnen nicht verjagt werden.“

Ueber die Braunschweiger Thronfolgefrage geht der „Dresdener Zeitung“ aus Braunschweig folgende Korrespondenz zu, welche die Sachlage und die Anschauungen der maßgebenden Kreise richtig darstellt. „Während die braunschweigische Frage scheinbar in tiefem Sommerschlaf ruht, jedenfalls aber diejenigen Organe, welche nach allgemeiner Auffassung zunächst die Ordnung der Thronfolge bei der Regentschaft zu besorgen haben, unser Regentenschatz und unsere Landesvertretung, der freundlichen Miene sich hingeben, haben doch gewisse Vorgänge in Gastein die Aufmerksamkeit auch der hiesigen, also der nächstinteressirten Kreise erregt. Die gleichzeitige Anwesenheit des braunschweigischen Ministers Graf Ötzg-Wrisberg und des Botschafters Prinzen Reuß im Wilddabes konnte kaum als eine zufällige betrachtet werden, und der Umstand, daß dann auch die Großherzogin von Weimar, die Schwiegermutter des Botschafters, nach Bad Gastein kam, mußte in der Auffassung noch bestärken, daß dort über die Kandidatur des Prinzen Reuß als Regent von Braunschweig vertrauliche Besprechungen stattgefunden haben. Es kann aus zuverlässigster Quelle versichert werden, daß neben dem Prinzen Albrecht von Preußen bisher ernsthaft allein Prinz Reuß VII. als zukünftiger Regent in Betracht gekommen ist, und daß derselbe zur Zeit sogar als einziger Kandidat zu betrachten ist. Vom Prinzen Albrecht ist auf direkten Wunsch der Krone Preußen bald Abstand genommen worden; man wollte auch nicht den Schein erwecken, daß die Hohenzollern nach Vermehrung ihrer Hausmacht im Reiche strebten. Dagegen giebt die Person des Prinzen Reuß nach allen Richtungen hin gute Bürgschaft, daß eine auf ihn fallende Wahl nirgendswo an den Höfen im Reiche irgendwelche Empfindungen wachrufen

würde. Als jüngerer Bruder des regierenden Fürsten von Reuß j. L. hat er keine Aussicht, jemals zur Souveränität zu gelangen; er gehört einem Fürstenstamme an, der ebenso erlaucht ist, wie jeder andere in Deutschland, und ist durch seine Gemahlin, eine Tochter des regierenden Großherzogs von Weimar, durch Familienbände mit dem Kaiserhause verknüpft, aber doch nicht so nahe, daß daraus etwaige Eifersucht rege werden könnte. Andererseits muß er wegen seiner erprobten nationalen Gesinnung den reichstreuem Bewohnern des Herzogthums willkommen sein, die zugleich in seinem würdigen Alter — er ist schon ein Sechziger — eine gute Gewähr für eine angemessene Repräsentation haben. Auch die jetzt verwaisten, schwollenden Hoflieferanten des früheren Herzogs, die ein gewisses Faible für die Geldsäckel des Herzogs von Cumberland hatten, würden zufrieden sein können. Prinz Reuß und seine Gemahlin verstehen Hof zu halten, und wenn die Regentschaft erst fertig wäre, so würde es wohl selbstverständlich sein, daß zu der Zivilliste im Betrage von 1,140,000 Mark (380,000 Thlr.) aus dem reichen mütterlichen Vermögen der Regentin noch erhebliche Summen beigelegt würden. Kurz, die Wahl des Prinzen-Botschafters wäre nach jeder Richtung hin zu empfehlen, und wie man hier erzählt, ist Prinz Reuß durchaus nicht abgeneigt, nach Braunschweig zu kommen. Auch für die spätere Umwandlung der Regentschaft in eine Definitivität, entweder zur Statthalterchaft im Reichslande oder vielleicht auch zur Dynastie — letztere Eventualität hat in den maßgebenden Kreisen sehr viel an Chance verloren — dürfte die Persönlichkeit des Prinzen sich empfehlen. Er hat zwei Söhne, im Alter von 6 und 7 Jahren. Die Entscheidung der Angelegenheit dürfte im Monat September erfolgen.“

Die 17. ordentliche Generalversammlung des Vereines der deutschen Eisengießereien findet Sonnabend, den 22. August, Vormittags 10 Uhr, im Hotel zum Rautenfranz in Eisenach statt. Es kommen u. A. folgende Gegenstände zur Verhandlung: die Aufgaben der Eisengießerei in der deutschen Kunstindustrie, die Gründung eines wirtschaftlichen Vereines der deutschen Maschinenfabriken und Eisengießereien und die Verwendung von Säulen zu Hochbauten.

Für die versuchsweise Einführung der Postparaffinen in Elsaß-Lothringen plaidierte der Abgeordnete Grad in einer der letzten Sitzungen des elsass-lothringischen Landesauschusses, indem er u. a. äußerte:

„Ich habe der Beratung des Reichstages über die Postparaffinenvorlage beigewohnt; ich bedaure aber sehr, daß die Kommission des Reichstages in Folge partikularistischer Opposition, die dort in Tage trat, die Vorlage der Regierung abgelehnt hat. Als wir hier die Petitionen über das Sparparaffinwesen geprüft, haben wir den Wunsch geäußert, es möchten in Elsaß-Lothringen auch Postparaffinen eingerichtet werden. So viel ich im Reichstage vernommen habe, ist es nicht wahrscheinlich, daß in nächster Zeit das System der Reichspostparaffinen eingeführt werde. Ich möchte aber dann an die Regierung die Frage richten: wenn das Reich die Postparaffinen nicht einführt, ob wir nicht hier im Reichslande wenigstens das System einführen können. Ist doch Elsaß-Lothringen für das Reich etwas wie eine Versuchsstation, wenn schon, was die Postparaffinen betrifft, diejenigen Erfahrungen, die in England, Frankreich und anderswo gemacht worden sind, genügend für diese Einrichtung sprechen. Späterhin mag das System nach den in den Reichslanden gemachten Erfahrungen auf das ganze Reich ausgedehnt sein.“

Der von uns mitgetheilte Grund für die Ablehnung der Ernennung des Dr. Majunke zum Lokalschulinspektor erwies sich der „Germ.“ zufolge als richtig. Dieser Grund ist, um es zu wiederholen, darin zu suchen, daß Majunke sich geweigert hat, einen ihm von der Regierung vorgelegten Revers: „im Falle der Beauftragung mit der Lokal-Schulinspektion allen Anordnungen der königlichen Regierung gewissenhaft nachzukommen“, zu unterzeichnen. Dieser Revers wurde nach dem genannten Blatte erst dann vorgelegt, als Majunke auf die in solchen Fällen übliche Anfrage, nämlich ob der Betreffende als Lokalschulinspektor bereit sei, den Anordnungen der königlichen Schulauf-

